SPD-Fraktion Fraktion Bündnis 90/Die

Grünen

Fraktion DIE LINKE+ Fraktion FDP/Bürgerliste

Drucksache Nr.: 22483-21

CDU-Fraktion

An die Vorsitzende des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie

Gemeinsamer Vorschlag zur Tagesordnung

		Datum 06.10.2021
Sitzungsart: Öffentlich	Stellungnahme:	Dringlichkeit:
Gremium: Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie		Beratungstermin: 27.10.2021

Tagesordnungspunkt

Ganzheitliche Kinder- und Jugendpartizipation in Dortmund

Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion B90/Die Grünen, CDU-Fraktion, Fraktion Die Linke+, Fraktion FDP/Bürgerliste und der stimmberechtigen Mitglieder der Jugendverbände im AKJF

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

die oben genannten Fraktionen bitten um Beratung und Beschluss des folgenden Antrages:

1. Die Verwaltung wird damit beauftragt, ein ganzheitliches Konzept zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Dortmund zu entwickeln.

Kinder und Jugendliche in Dortmund benötigen vielfältige Räume und Möglichkeiten, um demokratische Prozesse und Beteiligung zu leben. Dafür braucht es die Grundhaltung Entscheidungskompetenzen an Kinder und Jugendliche abzugeben und ihnen die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Ziel des neuen Konzeptes ist es, eine breitere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen insgesamt durch unterschiedliche Formate zu erreichen, in dem attraktive, inklusive, abwechslungsreiche und niederschwellige Beteiligungsmöglichkeiten angeboten werden.

Positive Erfahrungen schon in jungem Alter beteiligt zu sein, stärken nachhaltig das demokratische Bewusstsein. Mit flankierenden Angeboten leisten Beteiligungsformate einen Beitrag zur politischen Bildung von Kindern und Jugendlichen.

Den fachlichen Rahmen für dieses Konzept bilden die Qualitätsstandards für die Kinder- und Jugendbeteiligung in Dortmund¹ sowie der Kinder- und Jugendförderplan Dortmund.

Gelingensfaktoren für eine erfolgreiche, Ergebnis offene Konzeptentwicklung sind die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen, freien Trägern der Jugendhilfe sowie ausgewiesener Expert*innen für den Bereich der Jugendbeteiligung sowie die Entwicklung eines Kosten- und Zeitplanes mit wichtigen Meilensteinen. Die eingesetzten Methoden, Formate und Strukturen müssen dabei fortlaufend Zielgruppenspezifisch und altersgerecht angepasst und ergänzt werden. Die bisherigen Partizipationsangebote sollen evaluiert und überprüft werden.

Wichtige Schnittstellen bei der Konzeptentwicklung sind u. a. die Trägerkonferenz der öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe, die Arbeitsgemeinschaften nach § 78 KJHG-SGB VIII sowie die Fachreferent*innen in den Stadtbezirken und das zuständige Fachreferat im Jugendamt. Die politischen Akteur*innen in den Stadtbezirken wie in den Fachausschüssen und dem Rat sind ebenfalls in den Beteiligungsformaten zu berücksichtigen.

Die Angebotsstruktur soll sich in einem gesamtstädtischen und aufeinander aufbauenden Konzept wiederfinden. Die Vielschichtigkeit der Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen und die besonderen Gegebenheiten der Großstadt Dortmund mit seinen sehr heterogenen Stadtteilen und Stadtbezirken sind zu berücksichtigen.

Die Erfahrungen aus anderen Kommunen mit Kinder- und Jugendräten, Kinder- und Jugendkonferenzen oder Kinder- und Jugendparlamenten zeigen, dass solche Modelle der Mitbestimmung und der Partizipation dazu beitragen können, dass Kinder und Jugendliche mit ihren Interessen ernstgenommen und in einem erweiterten Rahmen an konkreten Entscheidungen beteiligt werden. Die Verwaltung wird daher beauftragt, für die genannten Formate entsprechende konkrete Modelle als Teil eines ganzheitlichen Konzeptes zur Partizipation einfließen zu lassen und zur Diskussion zu stellen.

Die Verwaltung wird gebeten, unabhängig davon zusätzlich das Modell der Veranstaltung "Jugend-Landtag NRW" auf seine Übertragbarkeit zu prüfen und umzusetzen.

Die Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche müssen auf den unterschiedlichen Ebenen unserer Stadtgesellschaft etabliert werden. Dies gilt für den direkten Lebensraum, den Stadtteil, aber auch den Stadtbezirk und die gesamtstädtische

¹ Diese orientieren sich an den Standards des Bundesfamilienministeriums.

Ebene. Diese unterschiedlichen Beteiligungsformen müssen gleichwertig miteinander verzahnt werden und mit den politischen Entscheidungsstrukturen (Bezirksvertretungen und Rat) vernetzt werden. Eine Hierarchisierung der verschiedenen Formate untereinander ist zu vermeiden.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen muss nachhaltig und langfristig wirken. Die Kontinuität und regelmäßige Umsetzung der geplanten Beteiligungsformen muss sichergestellt und die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden. Die eigene Entscheidung der beteiligten Kinder und Jugendlichen über die Nutzung eines eigenen Budgets soll ebenfalls zentraler Bestandteil der Beteiligungsformate sein.

Ein erster Sachstand zur Umsetzung soll im ersten Quartal 2022 im AKJF berichtet werden. Spätestens nach den Sommerferien 2023 soll das Konzept dem Ausschuss zur Beratung vorgelegt werden und zuvor noch ein regelmäßiger weiterer Sachstandsbericht erfolgen.

Begründung

Eine demokratisch verfasste Gesellschaft muss die Interessen aller ihrer Mitglieder berücksichtigen. Das Thema Kinder- und Jugendpartizipation ist dabei von so zentraler Bedeutung für ein gelingendes demokratisches Miteinander in unserer Stadt, dass es von allen demokratischen Parteien gemeinsam getragen und gemeinsam mit Dortmunder Kindern und Jugendlichen entwickelt wird.

Mit freundlichen Grüßen Gez. Uwe Kaminski SPD-Fraktion

Mit freundlichen Grüßen Gez. Britta Gövert

Fraktion B90/Die Grünen

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Christian Barrenbrügge CDU-Fraktion

Mit freundlichen Grüßen Gez. Dr. Petra Tautorat Fraktion Die Linke+ F.d.R.

Christel Poch

Chishel Poch

F.d.R.

Stefan Neuhaus

f.d.R. Susanne Lengner

5. Lujer

F.d.R. Nancy Ritschel

V. KEN

Mit freundlichen Grüßen Gez. Phillip Schmidtke-Mönkediek Fraktion FDP/Bürgerliste

F.d.R. Sven Görgens

Die Stimmberechtigten Mitglieder der Jugendverbände im AKJF

Sophie Niehaus